

im Reiseverkehr
ten. Hierzu teilt
von Münster fol-
verkehrs hat die
am Tage vor
11-12 Uhr und
der Zeit von 12
fahrkarten frei-
fahrkarten aus-

ntenhaus wurde
Krankenhaus war
gewesen, als
heiß heimlich ver-
ten Mann sein
hatte. In einer
Klage, der mit
ihm, einem Ge-
Klage fuhr noch
id befaßt dort
t Gräfinen.
Vor dem min-
des Diebstahls
i, erklärte Schr.,
aus dem Kran-
ten Diebstahl,
traktische Geld-
empfänger ge-
hielt ihn das Ge-
eines Fahrrad-
hatten sie als
Schr. zu 1 1/2 Jah-
Nachbeter D. zu

Einbrecher fest-
über aus Sacro-
von Diebstählen
m und Min-
rde, konnte jetzt
hohle Sachen
war vor einiger
Gel. gelungen
Kleine zu ent-

erbstium. Der
meinde Welter
reiserbüchlein.
im Kreise seiner
neue Sakristei
Wertheilgenlage
ist worden.

Einbruch-
schmiedemeister
Kosinat tödlich.
N. ein von der
Einbrecher, ein
sein in Hamm
diebstähle, teils
at waren. Jetzt
am auf dem
dem Schmiede-
apparat den
gekommen.

Nach dem Ge-
zur Festst.-
Caspar B. in
den Personen
titionen er-
guten Getreide
vor dem min-
mit einem
verweilte ande-

Nachdem Welter-
berg von 82 Jah-
e gener be-
unter großer
Domkapitular
in Giesebach
ider, Anwalt
Das Verleide
n aus Werne
achte in seiner
teuren Ver-
rstand im An-
lich beilegte

lassen

igten Staaten
Rager aus
der Sitzung
Washingtoner
die Adname
Demonstran-
teil, zurück-
mit Begründet,
höchst erzie-
Urteil des
Staaten mit

farmer in der
immer nicht
en bei ihrer
n. Die Wor-
fren, dürften
im Tode ver-
erzeit die An-
ge ein sehr
altig haben.
Prozeß als
auf. Das Ge-
en. Außerdem
mpfunden Fan-
der Schwärzen

urteile haben
urteilung als
amerikanische
cotsbourough
für die Kegerin,
beurteilen, be-
dareile. Das
n. Man sollte
der Suizid
Die Sache der
eigene Ange-

n wären die
ebenfalls wenig
der in dem
sich liegen
el des Ver-
n kam das
den zur Auf-

Ein Unwetter in
Schmelz-
gewittern der
erzogenen.
denlofen die
dage die An-
n angeklagen

Amteiger Anzeiger des
Landratsamtes Borken,
von Bürgermeisteramt
und Wemern des Kreises
Borken.

Beisitzer-Kollegium
Bocholt, Kreisamtstr. 14.
Herrn: Dr. Kamm. - R.
Herrn: Dr. Kamm. - R.
Herrn: Dr. Kamm. - R.
Herrn: Dr. Kamm. - R.
Herrn: Dr. Kamm. - R.
Herrn: Dr. Kamm. - R.
Herrn: Dr. Kamm. - R.
Herrn: Dr. Kamm. - R.
Herrn: Dr. Kamm. - R.
Herrn: Dr. Kamm. - R.

Organ
der Zentrumspartei.

Postverleger:
Dortmund.

Bocholter - Borkener

Volksblatt

Postverleger:
Bocholt.

Wegzettel im Monat:
Abgabe von der Geldkassette
2.-, ins Haus gebracht ein-
35 Wg. Botenlohn 2.35, durch die
Welt ein- 42 Wg. Botenlohn 2.35.
In Fällen höherer Gewalt, wie
Streik, Sperr, Betriebsstörung
u. a. hat der Bezieher keinen An-
spruch auf Lieferung od. Rückzahl.

Anzeigenpreise:
Für das einseitige Blatt
12 Wg. lokale Anzeigen 7.7 Wg.
Familienanzeigen 7.7 Wg. kleine
(Geldanzeigen) 6.6 Wg.
Anzeigen 10 Wg. für den all-
gemeinen (Zens.) Teil gelten
besondere Tarife.
Bei Lagerhaltung, Verlegen,
Konturen fällt der gewöhnliche
Rabatt fort. - Gerichtsblatt ist
für beide Teile bezahlt.

Rheider Volkszeitung.

Familien-Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt u. des Landkreises Borken.

Anholter u. Jüdelburger Zeitung.

Nummer 315

Sonntag, den 13. November 1932

Jahrgang 1932

Die Wahl des Erzbischofs nach dem badischen Konkordat.

Keine politische Klausel im alten Sinne.

Da die jüngste Besetzung des erzbischöflichen Stuhles von Freiburg i. Br. im Gegensatz zu dem bisherigen Brauch, wie er durch das alte badische Konkordat festgelegt war, ohne Mitwirkung des Domkapitels durch päpstliche Ernennung des Bischofs Dr. Groeber von Meisen, zum Erzbischof von Freiburg erfolgt ist, wurde naturgemäß der Frage, wie die Wahl des Erzbischofs in dem neuen Konkordat geregelt sein möchte, ganz besonderes Interesse entgegengebracht.

Die Vorschriften über die Wahl des Erzbischofs enthält der Artikel 3 des neuen Konkordats. Er lehnt sich an die früheren Bullen und an die heutigen Verhältnisse an. Die Wahl des Erzbischofs geht künftighin folgendermaßen vor sich:

1. Nach Erledigung des erzbischöflichen Stuhles teilt das Domkapitel dem Hl. Stuhl eine Liste der kanonisch geeigneten Kandidaten ein. Unter Würdigung dieser sowie der durch den Erzbischof jährlich einzureichenden Liste benennt der Hl. Stuhl dem Domkapitel drei Kandidaten, aus denen es in freier geheimer Abstimmung den Erzbischof zu wählen hat. Unter den drei Genannten wird mindestens ein Angehöriger der Erzbischöflichen Freiburg sein bzw. einer, der aus ihr hervorgegangen ist.

2. Vor der Bestellung des vom Domkapitel zum Erzbischof Ernannten wird der Hl. Stuhl beim badischen Staatsministerium sich vergewissern, ob gegen denselben seitens der Staatsregierung Bedenken allgemein politischer, nicht aber parteipolitischer Art bestehen. Im Falle der Geltendmachung solcher Bedenken muß dann nach dem Zukunftsprotokoll der Verhandlungen zwischen Staat und Hl. Stuhl gemacht werden. Führt der Versuch zu keiner Einigung, dann ist der Hl. Stuhl in der Besetzung des erzbischöflichen Stuhles frei.

Das Konkordat enthält also keine politische Klausel im altkirchlichen Sinne. Es soll lediglich auch bei der Bestellung des Erzbischofs von vornherein möglichst dafür Sorge getragen werden, daß die guten Beziehungen zwischen Staat und Kirche gewährleistet werden. Ein Absehnungsrecht seitens des Staates, wie es bis zum Jahre 1918 bestand, gibt es nicht mehr.

Nach der Rückfrage beim badischen Staatsministerium erfolgt die Ernennung des gewählten Erzbischofs durch den Heiligen Stuhl. Als Sonderbewilligung hat der Heilige Stuhl Baden zugestanden, daß bei Ernennung eines Kandidaten mit dem Recht der Nachfolge nur im Benehmen mit dem badischen Staat vorgegangen werden soll.

3. Bei der Aufstellung der Kandidatenliste und bei der Wahl wirken die Erzbischöflichen gleichberechtigt mit. Das Wahlkapitel besteht hiernach aus sieben Domherren und vier Erzbischöflichen. Diese werden vom Erzbischof abwechselnd nach Anhörung und mit Zustimmung des Domkapitels ernannt. Dasselbe gilt bezüglich der Domkapitulare und Dompräbendare.

Die Würde des Dompropstes (den es bisher nicht gab) und Domdekan wird durch den Heiligen Stuhl verliehen, einmal auf Ansuchen des Erzbischofs im Benehmen mit dem Domkapitel, das andere Mal auf Ansuchen des Domkapitels im Einvernehmen mit dem Erzbischof verliehen.

Das Wesentliche ist, daß der Domkapitel das ihm 1926 entzogene Wahlrecht wieder erhalten hat. Das war anzunehmen, da ja auch im preussischen Konkordat diese Frage eine entsprechende Regelung gefunden hat.

Da das badische Konkordat kaum eine Neuerung gegenüber dem geltenden Rechtszustand enthält und zugleich mit ihm ein evangelischer Kirchenvertrag dem Landtag vorgelegt wird, versteht man leicht, warum die Ab-

machungen mit dem Heiligen Stuhl im Badischen Landtag auf eine starke Opposition stoßen sollten. In der nächsten Woche tritt der Landtag wieder zusammen, um ein Präsidium und einen Nachfolger für den verstorbenen Minister des Innern Maier zu wählen. Die Sozialdemokratische Partei hat dafür den Mainzer Bürgermeister Dr. Kraus vorgeschlagen. Er kann nur gewählt werden, wenn das Zentrum zustimmt. Es hat aber natürlich kein Interesse daran, einen Sozialdemokraten in den Sattel zu heben, wenn dessen Partei zugleich entlassen sein sollte, einen für die katholische Kirche in Baden so wichtigen Antrag wie das Konkordat, das auch nicht das geringste für einen Nicht-

katholiken Anstößige enthält, zu Fall zu bringen. Die Sozialdemokratische Partei in Baden hat sich aber bereits gegen das Konkordat ausgesprochen. Man rechnet jedoch allgemein damit, daß diese Gegnerschaft sich nur durch Stimmenthaltung im Landtag äußern wird, sobald es dem Zentrum, der stärksten Partei des Landtages, auf diese Weise möglich sein würde, mit seiner eigenen Stimmgewalt die Annahme des Konkordats zu sichern.

USA. trinkt schon.

(New-Orleans, 11. November.)

Der Bundesstaat Louisiana hat aus dem Ausgang der Wahlen vom 8. November, die einen Sieg der Gegner des Alkoholverbotes darstellten, bereits die Folgerungen gezogen und die Verbotsgesetze im Staat Louisiana abgeschafft. Außerdem hat der Staat beim Kongress einen Einspruch gegen den 18. Verfassungsanhang, der die Einführung der Alkoholverbotsgesetze enthielt, erhoben.

In Little Rock (Arkansas) erklärte der demokratische Staatsführer Robinson, er kenne keinen Grund, weshalb der Kongress in der im Dezember beginnenden kurzen Sitzung nicht die Aufhebung oder die Abänderung des Prohibitionsgesetzes sowie die Gesetzesvorlage, die die Bierherstellung gestattet, erwägen solle.

In Chicago wird bereits offen in vielen Stadtteilen Bier ausgesetzt, nachdem Bürgermeister Cermat erklärt hat, daß die „Brauereien in Chicago nicht erst auf die formelle Aufhebung der staatlichen Prohibitionsgesetze zu warten brauchen“ und daß die Polizei diese Geleise, soweit sie sich auf den Verkauf von Bier beziehen, nicht durchführen werde. Auf Grund dieser Erklärung des Chicagoer Bürgermeisters sind über Nacht aus zahlreichen illegalen Füllertneipen gefüllte Gefäße auf Bierlokale geworden, in denen ein Glas Bier zum Preise von 25 Cents verkauft wird.

In allen amerikanischen Gliedstaaten, in denen während der Präsidentenwahl am Dienstag auch Abstimmungen über die Alkoholfrage abgehalten wurden, haben die „Rassen“, soweit bisher zu erkennen ist, einen Sieg davongetragen.

Das kommunale Schuldenproblem.

Geordnete Gemeindefinanzen eine Grundlage des Wirtschaftswiederaufbaues.

Die Finanznot der Städte ist auf das höchste gestiegen und es ist eine der dringlichsten Aufgaben, dieser Finanznot entgegenzuwirken und die Lösung des kommunalen Schuldenproblems in die Hand zu nehmen. Denn der Zusammenbruch der Gemeindefinanzen muß den Erfolg jeder Wiederaufbauarbeit und jedes noch so großzügigen Wirtschaftsprgramms gefährden.

Es ist höchste Zeit, daß hier etwas Durchgreifendes geschieht, das nicht nur das Schmelzen des Vorliegenden des Deutschen Städtebundes, Dr. Müller, an den Reichsanwalt und der Empfang des Vorstandes dieser Organisation der Großstädte in der Reichsanlei, das zeigen vor allem nach außen hin deutlich die Beispiele Frankfurt a. Main und Köln.

Das kommunale Schuldenproblem zeigt zwei Seiten. Die eine ist die Ordnung der Gemeindefinanzen hinsichtlich der Kapitalfälligkeit und die Zinslast. Die kurzfristigen Schulden, die eine der bedeutendsten Folgeerscheinungen der Weltwirtschaftskrise und der gesamten Weltwirtschaftslage sind, wirken sich naturgemäß auf die Länder am meisten aus, die durch Krieg und Kriegsfolgen wie Deutschland so stark geschwächt sind und ihrer bedeutenden Vorkriegskapitalanlagen im Ausland durch den Friedensvertrag beraubt sind. Diese kurzfristige Verschuldung beläuft sich bei den Gemeinden mit über 25 000 Einwohnern auf rund 1,1 Milliarden Reichsmark, wobei noch nicht einmal die Schulden der öffentlichen Betriebe miteingerechnet sind, zusätzlich der kurzfristigen Schulden der übrigen Gemeinden und Gemeindeverbände dürfte die gesamte kurzfristige Schuld der deutschen Gemeinden rund 1,5 Milliarden betragen. Daß eine so hohe kurzfristige Verschuldung einen bedeutenden Risikofaktor in unserer Wirtschaft darstellt und ihre Gesamtgefährdung bemerkt, dürfte auch jedem, der nicht einmal in die großen Probleme der Finanzpolitik hineinschaut, ohne weiteres einleuchten. Durch den Druck dieser kurzfristigen Verschuldung wird jede gesunde Zinsentwicklung in der Richtung einer Zinsenkung verhin-

dert und gewissermaßen der gesamte Kapitalmarkt lahmgelegt.

Bei dem Empfang der deutschen Kommunalführer beim Reichsanwalt ist u. a. die Ausdehnung der bisher nur der Landwirtschaft gewährten Stundungs- und Zinsentlastungsaktion auch auf die Kommunen sehr eingehend besprochen worden. Der Reichsanwalt nahm zwar, wie uns mitgeteilt wird, den Vorschlag Dr. Müllers nicht positiv entgegen, ohne sich auf Einzelheiten festzulegen. Es wurde jedoch verabredet, daß die kommunale Stundungsaktion beschleunigt mit dem Reichsfinanzministerium durch beraten und die bisherigen allgemeinen Erwägungen zu festen Vorschlägen und Gesetzentwürfen verarbeitet werden sollen. Die Forderungen der Gemeinden gehen auf eine vier- bis fünfjährige Stillhaltung, auf eine starke Herabsetzung der Zinsen, und zwar derart, daß der Zins für die gesamte restliche Laufzeit des Darlehens auf 4 v. H. herabgesetzt, der übersteigende Zins aber ohne Verzinsung gestundet und mit dem Kapital zurückgezahlt werden soll. Ferner wird eine Stärkung des Landesumschuldungsfonds verlangt, jedoch die Gläubiger, die beträchtliche Opfer zur Vereinigung ihrer Kreditbeziehungen bringen wollen, auch in bar ausgezahlt werden können. Schließlich wünscht man, daß die Kommunen, daß die Bestimmung der Notverordnung vom 24. September 1932 aufgehoben werden soll, wonach kein Gläubiger bei der Rückzahlung vor dem anderen bevorzugt werden darf. Den Gemeinden soll die Möglichkeit gegeben werden, mit Gläubigermehrheiten eine Erleichterung der Zinslast zu vereinbaren, und auch widerstrebende Einzelgläubiger durch ein Vergleichsverfahren vor der Schlichtungsstellen für eine vorläufige Regelung zu gewinnen. Natürlich wird sich der neue Antriebs für die kommunale Umschuldungsaktion nicht von heute auf morgen durchsetzen können. Immerhin haben die Beispiele von Frankfurt und Köln in den amtlichen Berliner Kreisen ihren Eindruck nicht verfehlt. Man

erkennt an, daß der Zusammenbruch von Gemeindefinanzen in bedrohliche Nähe gerückt ist und nicht nur durch ein kommunales Arbeitsbeschaffungsprogramm, dessen Verwirklichung bevorsteht, sondern auch durch eine beschleunigte Umschuldung verhindert werden muß.

Die Städte Frankfurt und Köln haben auf Grund der Verordnung über die Rechte der Schuldverschreibungsgläubiger mit ihren Gläubigern verhandelt, wie die kurzfristig ausgenommenen und jetzt fällig gewordenen Schatzscheinebeträge zurückgezahlt werden sollen. In Frankfurt a. Main waren 200 und in Köln a. Rhein sogar 300 Schatzscheinebeträge anwesend, die über 183 und über 23,8 Millionen Reichsmark verfügten. Die Stadtämter haben Aufschluß über die trostlose Lage ihrer Städte und erklärt, daß eine Rückzahlung nicht möglich sei. Laufende Einnahmen werden von den steigenden Wohlfahrtslasten in Anspruch genommen, andere Kreditquellen stehen nicht zur Verfügung, jedoch wohl oder übel mit Ausfällen der Gläubiger beraten werden muß, wie eine weitere Stillhaltung zu bewerkstelligen ist. Streunlichermaßen kann in beiden Fällen aus dem Ergebnis der Städtischen Werte die Zinszahlung sichergestellt werden; auf die Rückzahlung des Kapitals werden aber die Gläubiger voraussichtlich viele Jahre warten müssen.

Diesen Verhandlungen werden nun in vielen Städten jeweils bei Fälligkeit kurzfristiger Schulden ähnliche Verhandlungen folgen und die Auswege, die in Köln und Frankfurt gesucht und schließlich auch schließlich gefunden werden, dürften für solche Verhandlungen richtunggebend sein, auch dann, wenn die Regierung der Forderung der Gemeinden entspricht, ihnen ein Vergleichsverfahren für widerstrebende Gläubiger zu gewähren. Die Gemeinden werden jetzt von den Gläubigern bedrängt und müssen wegen der vielen Klagen dazu noch unproduktive Kosten bezahlen. Hier muß vom Reiche beigegeben werden. Diese Frage steht umso mehr zur Tagesordnung, als ja vorausichtlich bei den jetzigen Verhandlungen über die Verlängerung des Stillhalteabkommens auch mit dem Auslande Abmachungen getroffen werden, die zum mindesten für einen Teil der Schulden eine Umwandlung in langfristige Kredite vorsehen und eine Zinsentlastung herbeiführen.

Es trifft gewiß nicht für alle, aber doch für viele Städte zu, daß leichtfertig und planlos Kredite aufgenommen worden sind. Vielfach hat man kurzfristige Projekte finanziert und mit einem unbegründeten Optimismus die endgültige langfristige Gelddarstellung auf bessere Zeiten verschoben. Diese Zeiten sind aber ausgeblieben. In allen unseren Großstädten, aber auch in vielen kleineren Kommunen stehen heute die zinsentlastenden Bauten. Man sah sie auch in einem Propagandafilm, der im Ausland lief und die Stimmung der Franzosen und Belgier gegen Deutschland steigerte, daß die Reparationen gestrichen werden wollten. Der Stolz der Bürger auf diese monumentalen Bauwerke ist schnell verfliegen, wiewohl sich der verständige Bürger sagt, daß die Kommunen nicht nur Bauten erstellen können, die sich durch ihre Benutzung selbst verzinsen, daß sie vielmehr auch Gelder in der Bürgererschaft dienende Anlagen stellen müssen, bei denen von vornherein mit einer Rendite nicht zu rechnen ist, die jedoch, wie z. B. Theater und Sportplätze sich durch Vermittlung kultureller Werte oder durch Förderung der Volksgesundheit in anderer Weise bezahlt machen. Aber es hat bei solchen und anderen Anlagen doch vielerorts eine Großzügigkeit geherrscht, für die es keine ausreichende Entschuldigung gibt. Die Schuld trifft allerdings nicht nur die Kommunen und ihre verantwortlichen Faktoren, sondern auch die Gläubiger selbst, die sich über das Risiko einer Kreditübergabe unter so unglücklichen Bedingungen hätten klar sein müssen. Neben den Ban-

Der Tornado über Kuba.

Furchtbare Szenen.

Camaguey, 11. November.

Nach den letzten Mitteilungen, die Reisende mit dem Zuge aus Santa Cruz del Sur machten, sind bisher 280 Leichen begraben worden. Viele Hunderte sollen noch in den Resten der Bäume unter den Trümmern der Stadt liegen. Nur wenige hundert Personen sind der Katastrophe entgangen. Die meisten Einwohner der Stadt hatten nicht Zeit gefunden, die Flucht zu ergreifen, und gewahrten die Gefahr erst durch den Donner der Woge, die 70 Schiffe im Hafen zerstörte. Die Bevölkerung flüchte in Panik in leere Güterwagen auf dem Bahnhof, die von dem Wasser umgeworfen wurden, sobald ihre Insassen hilflos ertranken. Die Ärzte arbeiten seit Mittwochnachmittag die Nächte hindurch im Scheine von Kerzen. Andauernd treffen weitere Flüchtlinge ein, die furchtbare Einzelheiten von der Katastrophe berichten. Der neugewählte Bürgermeister von Santa Cruz del Sur, Antonio Martinez, erschöpfte sich aus Verzweiflung, nachdem er festgestellt hatte, daß seine ganze Familie durch die Sturmflut umgekommen war. Augenzeugen berichten, daß sich Schreckensszenen unbeschreiblicher Art abgespielt haben. Zahlreiche Kinder wurden vor den

Augen ihrer verzweifelten Eltern weggeschwemmt. Auch die Cayman-Inseln sind, wie ein Flugzeug berichtet, von dem Wirbelsturm heimgesucht worden. Der britische Dampfer „Baldoo“ (1380 Tonnen) wurde vernichtet; doch konnte die Mannschaft gerettet werden.

Ueber 2500 Todesopfer.

New York, 12. November.

Die Meldungen über die Sturm- und Wasserlatschrophe auf der Insel Kuba lauten immer trostloser. Aus Camaguey wird jetzt berichtet, daß über 2500 Menschen das Leben eingebüßt haben.

Der Wirbelsturm auf Jamaika.

Miami (Florida), 12. November.

Die Küstenwache fing einen Junkspruch eines englischen Dampfers an: der Gouverneur von Jamaika auf der Insel, daß der am Mittwoch Zentralstadt vernichtende Wirbelsturm auch auf den Inseln nordwestlich Jamaikas großen Schaden anrichtete. Auf Caymanbrood und Littlecayman seien allein 60 Personen getötet worden.

Elf Todesopfer eines Grubenunglücks

London, 12. Nov.

Auf der Kohlengrube Edge Lane in der Nähe von Wigan (Lancaster) ereignete sich eine schwere Explosion. Bisher konnten 11 Leichen geborgen werden.

Sechszehn Tote bei einem Unwetter.

Rom, 11. Nov.

Ein Unwetter in der Provinz Reggio di Calabria verurteilte schwere Schäden, insbesondere in den Gemeinden Gioiosa Jonica, Andora und Grotteria. Der angeschwollene Torbido-Bach riß eine große Brücke ein. Auch mehrere Häuser stürzten ein, jedoch in Grotteria neun und in der Gemeinde Mammola sieben Tote zu beklagen sind. Der Präfect hat sich unverzüglich in die von der Katastrophe betroffenen Ortschaften begeben, um das Hilfswerk zu leiten.

ken sind auch viele kleine Sparer betroffen. Konjunkturpolitisch ist eine pfleglichere Behandlung der Sparer wünschenswert, da von ihrem guten Willen die Ausfuhr der Kapitalmärkte zu einem guten Teil abhängt. Auch Reich, Länder und Gemeinden haben selbst ein Interesse daran, daß die Gläubiger künftig nicht das Vertrauen verlieren, denn noch oft wird man auf ihre Hilfe zurückgreifen müssen. Wie schlecht die Sparer ihre Stellung einschätzen, zeigt die kürzlich erfolgte Gründung eines Sparer-Verbandes. Der Reichsbankpräsident Luthar hat erst vor wenigen Tagen diese Gründung freudig begrüßt und die Bundesarbeit als eine vaterländische Pflicht bezeichnet.

Mit der Stillhaltung für die kommunalen Schulden und der Zinsherabsetzung werden sich die Gläubiger umso mehr zufrieden geben, als sie selbst erkennen müssen, daß unter den heutigen Umständen immer mehr Gemeinden dem Zusammenbruch nahegehen und es ihnen nicht mehr möglich ist, neben den Leistungen für Wohlfahrtszwecke, zur Aufrechterhaltung der Verwaltung und Betriebe durch Zahlung von Zinsen und Gehältern auch noch den Schuldendienst sicherzustellen. Dabei läßt sich die ganze Finanznot noch nicht einmal so deutlich erkennen, weil ja viele Kommunen im Interesse der Erhaltung ihres Kredit den Schuldendienst für ihre Inhaber anleihen noch immer regelmäßig leisten und die hierfür notwendigen Gelder nach anderen Seiten überschreiben, sodaß in Wirklichkeit die Schulden doch anwachsen.

Die Reichsregierung hat im Interesse der Durchführung ihres Wirtschaftsprogramms die Pflicht, diese Frage energisch anzupacken. Abgesehen davon, daß

ein gesundes Finanzwesen der Untergrund für jeden Wiederaufbau ist, und ohne eine klare Abdeckung des Defizits in Reich, Ländern und Gemeinden keine Gesundung und kein Wiederaufbau möglich ist, kann das beste Wirtschaftsprogramm schon deshalb nicht von Erfolg begleitet sein, weil die heutige Verschuldung der Gemeinden diese lähmt und sie hindert, in die Kampffront gegen die Arbeitslosigkeit einzutreten. Wie soll denn das an und für sich gute kommunale Arbeitsbeschaffungsprogramm durchführbar sein, wenn die Gemeinden infolge ihrer Schuldenlast nicht in der Lage sind, irgendwelche Aufträge zu geben?

Aber die Anspannung und Regelung der Schuldenfrage allein genügt nicht. Genau so wichtig und notwendig ist die Entlastung der Gemeinden von den ihnen vom Reich aufgebürdeten Lasten der Wohlfahrtszwecke und der öffentlichen Versorgung. Diese Dinge können unmöglich noch länger so weiterlaufen wie bisher. Die Abbremsung des Zustroms von der Arbeitslosigkeit auf die Wohlfahrtsämter bis zum 31. März reicht nicht aus. Die Entlastung muß in stärkerer Maße erfolgen. Ob das nun durch eine bessere Regelung im Finanzausgleich geschieht, ob durch eine Neuorganisation der Arbeitslosenversicherung, das müssen die maßgebenden Stellen unter sich abmachen. Sollen aber die Gemeinden nicht vollständig zusammenbrechen, so ist eine sofortige Reichshilfe notwendig. Teilzahlungen können hier nicht mehr helfen. Die Gemeinden haben ein Recht auf diese Förderung. Das Reich, das die private Wirtschaft seit dem 13. Juni 1933 vor dem Zusammenbruch gerettet und ihr willig die Hand geöffnet hat, ist dazu noch mehr für die Gemeinden verpflichtet. Die öffentliche Wirtschaft kann nicht gesunden, wenn man ein Glied von solcher Bedeutung verkümmern läßt.

Aufrollung der Schuldenfrage.

Frankreichs Antrag auf Einleitung neuer Verhandlungen.

× Paris, 11. Nov.
Ministerpräsident Herriot konferierte heute nachmittag mit dem Finanzminister Germain-Martin und den Direktoren im Finanzministerium, Escallier und Bissol. Beim Verlassen des Quai d'Orléans erklärte Germain-Martin: „Die Regierung leitet die direkte Verhandlung ein. Die Möglichkeit erfordert es, über deren Inhalt vollkommene Zurückhaltung und Diskretion zu bewahren.“

Trotz dieses vorsichtigen Kommuniqués läßt sich leicht erraten, welchen Gegenstand die beiden Minister und die beiden Ministerdirektoren erörterten. Es handelte sich um die Rate von 20 Millionen Dollar, die Frankreich am 15. Dezember an die Vereinigten Staaten bezahlen soll. Nachdem England gestern den ersten Schritt in dieser Frage unternommen hatte, war zu erwarten, daß Frankreich allerhöchstens nachfolgen würde. Der französische Finanzattaché in Washington unternahm bereits heute eine zweite dem britischen Botschafter im Staatsdepartement folgte. Die erste Demarche hatte bei weitem begrenzteren Inhalt als die zweite. Der Finanzattaché beantragte einen Zahlungsausschuß für die am 15. Dezember fällig werdende Rate. Der Botschafter beantragte die Einleitung von Schuldenverhandlungen, damit das französische amerikanische Abkommen vom Jahre 1926 von Grund auf geändert würde. Zur Begründung dieser Forderung wird der französische Botschafter in Washington anführen, daß Frankreich in Lausanne entsprechend den Anregungen der amerikanischen Regierung und als notwendige Folge des Hoover-Moratoriums Deutschland bei den Reparationszahlungen 60 Jahreszahlungen einverleihen erklärte, und daß es sich mit der Abschaffung der noch ausstehenden 60 Jahreszahlungen einverstanden erklärte und sich mit einer Pauschalsumme von drei Milliarden Reichsmark begnügte. Da Frankreich von seinem Schuldner keine Zahlungen außer den 52 Prozent von den erwähnten drei Milliarden erhalten werde, entspreche es der Billigkeit, daß es selbst durch die Regierung der Vereinigten Staaten von seinen Schuldverpflichtungen befreit werde. An hiesiger zünftiger Stelle ist man überzeugt, daß Großbritannien für die am 15. Dezember fällig werdende Zahlung in Höhe von 95 Millionen Dollar ein Moratorium gewährt werden wird, weil

der Transfer eines so hohen Betrages die ohnehin schon auf schwachen Füßen stehende englische Währung stark gefährden würde. Frankreich hätte am 15. Dezember einen weitaus niedrigeren Betrag an die Vereinigten Staaten abzuführen, und seine Währung, die durch das fest ist, würde durch diese Zahlung nicht gefährdet; aber man ist überzeugt, daß die Vereinigten Staaten zwischen den Schuldner keinen Unterschied machen werden, und daß Frankreich ebenso wie England ein Moratorium bewilligt werden wird. Für welche Zeit dieser Zahlungsausschuß gewährt werden könnte, ist hier unbekannt. Die Forderung nach Einleitung von neuen Schuldenverhandlungen dürfte, wenn nicht in diesem Punkte ein ausdrückliches Einverständnis zwischen Hoover und Roosevelt getroffen werden sollte, erst von dem neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten beantwortet werden.

Die englische Note an die Vereinigten Staaten.

× London, 11. Nov.
Ueber den Inhalt der gestern von dem britischen Botschafter in Washington, Sir Ronald Lindsay, überreichten Note wird bekannt, daß darin die außerordentlich schwierige Finanzlage Großbritanniens ausgedrückt wird. Es wird der Ansicht Ausdruck gegeben, daß die Wirtschaftspolitik vor einer energiegelichen Regelung der Kriegsschulden nicht geändert werden könne. Die Lage in Europa sei augenblicklich so ernst und so schwierig wie in dem Moratorium vorgeschlagen hatte. Deshalb sei es dringend notwendig, dieses Moratorium zu verlängern. Die englische Regierung stelle den Antrag, daß direkte Verhandlungen zwischen ihr und der amerikanischen Regierung wegen Lösung der Kriegsschuldenfrage stattfinden. Schließlich verlangt die englische Note, daß die amerikanische Regierung selbst den Antrag auf Verlängerung des Moratoriums stellen soll.

In hiesigen politischen Kreisen glaubt man, daß Großbritannien das Recht habe, einen Zahlungsausschuß für die am 15. Dezember fällig werdende Rate zu beantragen. Wenn es aber entgegen allen Erwartungen anders kommen sollte und die amerikanische Regierung auf Bezahlung des Betrages von 95 Millionen Dollar dränge, würde Großbritannien sich dieser Forderung fügen.

Die Aussprache mit den Ministerpräsidenten.

× Berlin, 11. November.
Die Besprechung des Reichstags mit den Ministerpräsidenten Bayerns, Sachsens, Württembergs und Badens begann heute abend um 6 Uhr und dauerte bis kurz nach 9 Uhr. An der Besprechung nahmen ferner der Reichsinnenminister und der Reichsjustizminister sowie die hiesigen Bevollmächtigten der genannten vier Länder zum Reichstag teil. Zur Erörterung stand die allgemeine politische Lage unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnis zwischen Reich und Ländern. Dabei wurde im Hinblick auf die am Sonntag stattfindende Sitzung des Reichsausschusses des Reichsrates vor allem auch die Lage in Preußen besprochen. Beschlüsse wurden, wie verlautet, entsprechend der Art der Unterredung nicht gefaßt. Auch ein amtlicher Bericht wurde nicht ausgegeben.

Die Neuordnung der Buttereinfuhr.

× Berlin, 12. November.
Mit Wirkung vom 15. November 1932 wird die Einfuhr von Butter neu geregelt. Der Zoll für Butter beträgt von diesem Tage ab autonom 100 RM, jedoch verhältnismäßig für alle maßgebenden Länder 75 RM für einen Doppelzentner. Die Einfuhr von Butter wird von diesem Tage ab grundsätzlich verboten. Sie wird jedoch ohne Einfuhrbewilligung auslassen für bestimmte, den einzelnen Erzeugungs-ländern zugeteilte Kontingente, die nur über die mit den Erzeugungs-ländern vereinbarten Zollstellen eingeführt werden dürfen. Als Einfuhrstellen gelten bis auf weiteres die bisher zur Abfertigung der Butterkontingente befugten Zollstellen.

Die für das Kalenderjahr 1933 festgelegten Kontingente dürfen, wie bisher die Zollkontingente, nur in Monatsanteilen von nicht mehr als dem zehnten Teil des einzelnen Kontingents bis zu dessen Erschöpfung eingeführt werden. Jedoch können in den einzelnen Monaten nichtausgenutzte Kontingente in den folgenden Monaten bis zum Ende des Kalenderjahres eingeführt werden. Sobald das dem einzelnen Lande zugeteilte Kontingent erschöpft ist, darf Butter, die aus dem betreffenden Lande kommt, nicht mehr zur Einfuhr zugelassen werden. Mit anderen Ländern, nämlich mit Belgien, Dänemark, Estland, Finnland, Lettland, Litauen, Neuseeland, den Niederlanden, Österreich, Schweden, Ungarn sowie der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, ist eine Vereinbarung ge-

troffen, wonach Butter, die in diesen Ländern erzeugt ist, nur dann auf das ihnen zustehende Kontingent anzurechnen ist, wenn die Sendung mit einer Kontingentsbescheinigung des Ursprungslandes versehen ist. Solche Sendungen dürfen von den Einfuhrstellen nur dann auf das Kontingent angerechnet werden, wenn die Kontingentsbescheinigung bei der Zollabfertigung vorgelegt wird. Butter, die aus Ländern kommt, die zwar Ein-gangsbescheinigungen erhalten haben, die ohne weiteres auf das dem betreffenden Lande zustehende Kontingent anzurechnen.

Aufhebung des finnischen Kontolls auf deutsche Waren.

× Helsinki, 12. Novbr.
Der Zentralverband landwirtschaftlicher Produzenten hat im Anschluß an die im finnischen Reichstag erfolgte Annahme der Verordnung des Reichspräsidenten über Aufhebung des Kontolls gegen deutsche Waren beschlossen. Die Aufhebung dieses Kontolls wird jedoch an die Voraussetzung geknüpft, daß Deutschland keine weiteren Forderungen gegen den Handelsvertrag verkehrende Forderungen gegen den Handelsvertrag dem finnischen Export nach Deutschland aufzuerlegen.

Verbesserung der Zivilversorgung.

× Berlin, 11. Nov.
Auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung hat der Reichspräsident eine Verordnung zur Verbesserung der Zivilversorgung erlassen. Diese Verordnung heißt u. a. vor, daß bei allen Behörden, außer den Ministerien, den Landesregierungen und den Konsulaten, die Beamtenstellen des einfachen mittleren Dienstes mindestens zu 90 v. H. und die Stellen des gehobenen mittleren Dienstes mindestens zu 50 v. H. mit Versorgungsanwärtern zu besetzen sind. Bisher waren die Behörden nur verpflichtet, alle genannten Beamtenstellen mit mindestens 50 v. H. Versorgungsanwärtern zu besetzen. Weiterhin im Reichsangehörigenliste gewisse Angestelltenstellen Versorgungsanwärtern vorbehalten, aber auch nur zur Hälfte oder zu einem Drittel. Das ist jetzt insofern geändert worden, als die Versorgungsanwärter nur bis 90 v. H. dieser Stellen erhalten sollen. Als vorbehaltene Stellen dieser Art gelten auch solche Arbeitsplätze für Lohnarbeiter, die seit dem 1. Januar 1931 durch Umwandlung von Beamten- und Angestelltenstellen entstanden sind. Für den Gemeindedienst sind von den Landesregierungen möglichst bald, spätestens bis zum 1. April 1933, Zentralverordnungen einzurichten.

Der Bullerjahn-Prozeß.

Wieder in Leipzig.

(Leipzig, 12. November.)
Der 6. Tag des Bullerjahn-Prozesses brachte eine gewisse Ueberraschung, da neben Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld auf der Verteidigerbank auch Rechtsanwalt Professor Dr. Singheimer-Franfurt a. M. erschienen ist. Nach Eröffnung der Verhandlung teilt der Vorsitzende mit, der als Zeuge geladene Schriftsteller Jakob, der sich zur Zeit in Straßburg aufhalte, habe geschrieben, daß er nicht als Zeuge erscheinen werde. In dem Brief Jakob heißt es, er sei in dem Besitz einer recht vertrauenswürdigem Information gelangt, nach der die Reichsanwaltschaft etwas gegen ihn plane, falls er nach Leipzig komme. Wie dieses etwas beschaffen sein soll, ist ihm zwar unklar. Er gleiche es unter diesen Umständen vor, sich nicht der Gefahr einer Verhaftung auszuliefern. Rechtsanwalt Dr. Nagel erklärte hierauf, er wisse nicht, worauf die Behauptungen des Zeugen sich gründeten. Die Reichsanwaltschaft habe bereits eine schriftliche Erklärung abgegeben, daß ein Ermittlungsverfahren gegen den Zeugen nicht anhängig sei. Ein sogenanntes freies Geleit könne nicht in Frage kommen, weil das nur bei einem Beschuldigten gewährt werde. Dr. Rosenfeld erklärte, daß die Verteidigung das größte Gewicht darauf lege, daß der Zeuge das, was er im Wiederaufnahmeverfahren erklärt habe, auch in der öffentlichen Verhandlung sage. Er bitte daher, dem Zeugen von der Eröffnung der Reichsanwaltschaft ausdrücklich Mitteilung zu machen. Dies wird ausgesetzt.

Der Nachmittag begann mit der Vernehmung des Oberingenieurs Gebauer, der der Leitung der eigentlichen Maschinenabteilung in den Berlin-Karlshagen-Instandhaltungsbetrieben war. Zwischen ihm und Bullerjahn bestand seit langem persönliche Streitigkeiten, weil Bullerjahn fälschliche Berichte über Gebauer an die Generaldirektion gegeben haben soll, was Bullerjahn aber bestritt. Auf besondere Frage des Vorsitzenden teilt Gebauer mit, daß der Generaldirektor von Kontard eben, gegen den er Verdacht geschöpft habe, entlassen habe. Auch wurde Kontard nach seiner nachweislich Bullerjahn Rats begangen hatte. Gebauer schildert dann die Befehle der Interalliierten Militärkommission. Die Kommission sei immer zu ihm gekommen, um ihm Befehle zu erteilen, die er dann ausführen mußte. Mit der Kommission sei er niemals selbst und anders herumgegangen als Gebauer, weil Bullerjahn fälschliche Berichte über Gebauer an die Generaldirektion gegeben habe. Gebauer erklärte, daß gegen Bullerjahn ein Verdacht vorlag, darüber konnte der Zeuge keine genauen Angaben mehr machen. Der Zeuge ist am 14. Januar 1925 bei der Polizei gewesen, um dort Angaben zu erteilen. Damals hatte ihm aber Kontard noch nichts über Bullerjahn gesagt. Weiterhin erinnert sich der Zeuge nicht mehr daran, für die Verteidigung in dieser Punkt wichtig. Es müsse festgestellt werden, ob Bullerjahn bei der Polizei gewesen sei, ohne gegen Bullerjahn Anzeige zu erstatten, obwohl man doch zu jener Zeit bereits den

Verdacht gegen Bullerjahn erörterte. Die Aussagen Gebauers bleiben im ganzen ziemlich unklar. Er berief sich meist darauf, daß er sich nicht mehr genau erinnere. Im Laufe der Vernehmung Gebauers erörterte der Vorsitzende die Frage, wie Bullerjahn eigentlich zu den Berlin-Karlshagen-Instandhaltungsbetrieben gekommen sei. Man habe festgestellt, daß ein Bekannter Bullerjahns ihn gefragt habe, ob er von den Maschinenbauanstalten weggehen wolle. Erst nachdem Bullerjahn erzählt, daß er zweifellos mehr verdienen würde und bessere Aussichten für sein Vorwärtkommen beständen, reichte er ein Bewerbungs-schreiben ein. Es konnte aber nicht festgestellt werden, welcher Bekannte Bullerjahn zunächst wegen einer Veränderung gefragt hatte, auch nicht, wer Bullerjahn empfohlen habe. Eine Empfehlung, so ergabte der Vorsitzende, müsse von irgendeiner Seite erfolgen.

Nach den Aussagen eines weiteren Zeugen, des Arbeiters Buschmüller, konnte es möglich sein, daß auch Lehrlinge von den geheimen Waffen-lagern geworben haben, wenn sie die Waffen in den öffentlichen Schränken beobachteten. Dazu teilte der Lagerarbeiter Pein mit, daß die Umarmung von geheimen Waffen gar nicht sehr vorsichtig vorgenommen worden sei. Aus der Vernehmung des Kriminalassistenten Püttelsohn ergab sich, daß die ersten Protokolle über die Beobachtung Bullerjahns eine ganze Anzahl von Irrtümern enthielten; vor allem der Vermutung, daß Bullerjahn nach dem Horstweg zum Leutnant Post gehen wollte, um sich eine Belohnung abzuholen, lägen keinerlei genaue Anhaltspunkte zugrunde.

Rechtsanwalt Dr. Meyer, der als Syndikus der Werke mit den persönlichen Fragen sich viel beschäftigt hat, befragte die Aussagen der Zeugen. Seine Vernehmung wird am Samstag vormittag 9 1/2 Uhr fortgesetzt.

Am heutigen nächsten Tage wird die Zeugenvernehmung fortgesetzt. Zunächst wird der Kaufmann Bor-hang als Zeuge für den 23. Dezember 1924 gehört. An diesem Tage soll Bullerjahn nach den Aussagen des Herrn von Kontard bei der Interalliierten Kontrollkommission gewesen sein. Auch die Zeugen Pagenstecher und Püttelsohn hatten bekannt, daß man nach den Aussagen der ungenannten Vertrauensperson Bullerjahn an dem fraglichen Tage bei Leutnant Post den Verrat. Gold abgeholt hätte. Der Zeuge Borhang war ebenso wie Bullerjahn Zeuge des Militärgerichtshofes. Beide gehörten später dem Bataillon der ehemaligen Zeiglinge an. Am 23. Dezember 1924 fand eine Weihnachtsfeier statt im Wilhelmshof in der Anhaltstraße. Der offizielle Besuch der Feier war für 5 Uhr angesetzt. Angehörige der Vorbereitungen, die von Bullerjahn und dem Zeugen getroffen worden, habe man aber bereits vorher begonnen. Auf Fragen des Vorsitzenden erklärte der Zeuge, daß er sich nicht genau entsinnen könne, wann Bullerjahn gekommen sei. Vorhänger: Sie haben früher gesagt, es sei etwa 10 Minuten vor 3 gewesen. Zeuge: Wenn ich das damals gesagt habe, so wird es stimmen. Jedenfalls ist Bullerjahn später gekommen, als wir uns verabredet hatten, nämlich um 2 Uhr. — Vorhänger: Ist Bullerjahn während der Feier einmal weggegangen? — Zeuge: Das ist schwer zu sagen. Die Vereinsräume im Wilhelmshof liegen im ersten Stock, das Restaurant auf ebener Erde da ist es leicht möglich, daß man sich zeitweise auch im Restaurant aufhält. Die Teilnehmerzahl an der Feier ist ziemlich groß gewesen.

Neue Schwierigkeiten in Estlin.

+ Estlin, 10. Nov.
Bom oberschwabischen Staatsministerium wurde heute mittag Bürgermeister Dr. Stöffgen telegraphisch die Aufhebung seiner Jurisdiktionsbefugnisse mitgeteilt. Kurz Zeit später ließ der Regierungspräsident in Estlin dem Bürgermeister eine neue Verfügung ausstellen, wonach Dr. Stöffgen bis auf weiteres beurlaubt und ihm aufgegeben wird, sich jeder Dienstausübung zu enthalten. Der Bürgermeister hat sofort telegraphisch Beschwerde beim Staatsministerium erhoben.

24stündiger Generallstreik in Genf.

× Genf, 12. November.
Wider alles Erwarten hat der unter dem Vorhild von Nationalrat Kollet veranlasste Ausbruch des Generalstreikverbotes des Kantons Genf am Freitag abend mit 87 gegen 58 Stimmen bei einigen Enthaltungen beschlossen, am Samstag den Generallstreik zu erklären. Die Dauer des Streiks ist auf 24 Stunden beschränkt worden. Es scheint, daß die Befürworter des Streiks, die wie es zuerst schien, in der Minderheit waren, im letzten Augenblick die Mehrheit gewonnen und diesen Beschluß herbeiführten.

Der Streik hat heute morgen begonnen. Aber vorläufig merkt man noch nicht gerade viel davon. Die Straßenbahnen verkehren wie gewöhnlich, die öffentlichen Betriebe sind in vollem Gange. Die Bundesanwaltschaft haben sich an der Streikabstimmung nicht beteiligt, da ihnen durch Bundesgesetz jegliche Teilnahme an einem Streik verboten ist. Die Zeitungen sind heute früh erschienen und man hofft, auch die Mittagsetzungen herauszubringen zu können. Die lebenswichtigen Betriebe, wie Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, Hospitäler usw., sind nicht von dem Streik betroffen. Die kritischen Gewerkschaften haben ihren Angehörigen empfohlen, am heutigen Tage zu Hause zu bleiben, um irgendwelche Kernwunden zu vermeiden. Im übrigen verwerfen sie den Beschluß des sozialdemokratischen Gewerkschaftsbundes. Alle öffentlichen Räumlichkeiten und Versammlungen am heutigen Tage sind verboten. Die Regierung hat noch in der Nacht das hiesige Regiment mobilisiert und die Hauptgebäude, Bahnhof und Post, aus Gründen der Sicherheit besetzen lassen. Ferner ist ein Regiment aus dem Waadtländer, das ursprünglich heute demobilisiert werden sollte, nach Genf zur Verstärkung entsandt worden. Damit hat die Regierung alle Vorkehrungen getroffen, um etwaige Unruhen sofort unterdrücken zu können. Die Lausanner Gewerkschaften haben nach einer mehrstündigen hiesigen Sitzung beschlossen, am Generalstreik in Genf nicht teilzunehmen.

Ein Mussolini-Interview.

(Paris, 10. November.)
Ein Mitarbeiter des „Paris Midy“ ist in Rom von Mussolini empfangen worden. Die zunächst allgemeine gehaltene Unterredung ging bald auf präzise aktuelle Fragen über. Mussolini bezeichnete die Autorität als notwendig für arme Völker; eine Demokratie ohne Autorität sei für den Gebrauch reicher Völker. Wir, die wir die Krise überwinden wollen, sind eine autoritäre organische Demokratie. Auf die Frage, ob Italien sich nicht mit einer Macht verbunden habe, die nicht gerade ausreichte gegen Frankreich, haarscharf, und deren Spiel angeblich in Rom unter Führung finde, habe Mussolini mit einer verneinenden Kopfbewegung erwidert. Auch wir reden und sagen bisweilen etwas, abgesehen von uns bemühen, möglichst wenig zu sagen, aber wir begehen keine Torheiten. Zum Problem Krieg und Frieden erklärte Mussolini, der Krieg habe nichts Verführerisches für ihn; er sei eine Plage der Menschheit. Aber zu behaupten, daß es keinen Krieg mehr geben würde, sei töricht, denn schließlich glauben die Völker an derartige Behauptungen und

lassen sich einschläfern. Er habe kein Interesse am Kriege, Italien arbeite und leide empord. Der Krieg werde die Wiederaufrichtung stören. Das sei die Wahrheit, das sei sein Friebe.

Das Urteil im Reichenbacher Anschlagprozeß.

× Schweidnitz, 11. November.
Am 18.30 Uhr wurde vor dem Schweidnitzer Sondergericht im Reichenbacher Anschlagprozeß folgendes Urteil verkündet: Der Truppführer Wagner wird wegen Verbrechen gegen § 6 in Tateinheit mit verurteilt. Der Truppführer Polomski wird wegen Verbrechen gegen § 5 des Sprengstoffgesetzes und wegen Verbrechen gegen § 5 des Sprengstoffgesetzes und wegen Verbrechen gegen § 5 des Sprengstoffgesetzes verurteilt. Der Truppführer Wölter wird freigesprochen. Wegen Begünstigung erhalten die Führer der Schießkompanie A Heines sechs Monate Gefängnis, der Stabsführer Hahn, der Stabsanführer Staats und der Stabsanführer Kaufser je vier Monate Gefängnis. Die Untersuchungs-haft wird angerechnet. Heines erklärt, daß er Mitglied des Reichsausschusses für die Wahrung der Rechte der Volksvertretung sei, und daß darum das Urteil hinfällig werde.

In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende u. a. aus, die ganzen Maßnahmen liefen seinen Zweck dahin, daß die Abwehr bestanden hat, mit der Kartelle eine Sprengung zu erzielen. Dadurch wurde eine große Gefahr nicht nur für Sachse, sondern auch für eine zweite Person, die ihn begleitete, herbeigeführt. Es sei also objektiv bewiesen, daß eine Sprengstoffwirkung geplant, und wie die Tat, auch eingetreten sei. Es sei klar, daß das Neben-lager Böhme nach dem Leben getrachtet wurde, und daß sich die Angeklagten deshalb auch gegen § 21 des Strafgesetzbuches verstanden hätten. Wagner käme als Mittäter, Polomski aber nur als Gehilfe im Sinne des Gesetzes in Frage. Bei dem Angeklagten Heines lag das Gericht als erwiesen an, daß er am Tage nach der Tat eine Unterredung mit dem Angeklagten Wagner und Polomski hatten, und daß er bei dieser Gelegenheit über die fragbare Tat informiert wurde. Der Vorsitzende teilte ferner mit, daß für die beiden Angeklagten Wagner und Polomski der Gnabenweg empfohlen werden solle, um zu erreichen, daß die Zuchthausstrafen in Gefängnisstrafen umgewandelt würden, und daß den beiden Angeklagten bei guter Führung später ein Strafurlaub zugestimmt werden könne.

Bei der Urteilsverkündung und Begründung ereigneten sich mancherlei Zwischenfälle. Die Mutter des Angeklagten Polomski, die im Saal war, wurde von heftigen Weindrücken befallen, sie schrie und tobte im Gerichtssaal, sodaß sie aus dem Gebäude entfernt werden mußte.

Neuer Rekord der „Bremen“.

× Bremer, 10. November.
Der Lloyd-Dampfer „Bremen“ hat einen neuen Rekord für die Strecke von Cherbourg bis zum Newporter Ambrose-Feuerschiff von vier Tagen 16 Stunden 43 Minuten aufgestellt. Dieser neue Ostsee-Atlantik-Rekord hat den bisherigen Europarekord um 23 Minuten geschlagen. Die „Bremen“ ist auch Inhaberin des West-Atlantik-Rekords.

Sieben Tote bei einem Autobusunglück.

× Paris, 12. Nov. In der Nähe von Orléans fuhr ein Automobil gegen einen Baum. Der Fahrer wurde getötet, sieben Passagiere wurden verletzt. 22 Personen trugen Verletzungen davon.

Au

Uch
a. Bocholt
Mietst
morgen (Mont
der Stadthaus

a. Bocholt
machung der S
mer sind die
ersehen. Bunt
Interesse der
träge Vergu

× Bocholt
haus teilt u
von Haus zu H
Da diese Form
wendbar sind,
warnt. Bei S
wende man J
tretungen oder

Boch

Blühen
Wir wollen
mals hinu
und Schenke
Sammelbüch
hilfe. An bi
recht oft und
handeln der
aber leien geb
zum Wohltu

Ein eig

Jah
Gestern betr
etwa 1.80 Meter
gleicher trug, eine
einige Zigarette
dete er sich sofort
entnahm ihm m
und überreichte
dem Manne er
geriet er i
jüngste Zigarette
und verließ
diesem eigenartig
Umfeld, daß der
sich hatte, die er
Ladeninhaberin
Geld entweder g
einfach handele.
dem Vorfall vor
gleitend des Rün
in diesem Augen
dem Laden warf
der Fall nicht ga
bringend am P
richtige man schte

Verelne

Hauptverfam
Vor einigen
des Vereins lath
verließ. Zunächst
und Vorstandswa
Verammlung des
des Programms f
Es ist vor allen
gründung, geb
sachlich-literarische
und sozialwissenschaft
genaue Winterpro
seigeführt wurde,
veröffentlichten.

Arbeiterverein

die Probe der be
liches und vollzäh
Kath. Jungm
unserer Mitglieder
Sonntag in unse
Monatskommunion
7.20 Uhr zur Stel
meinschaftsmesse

Reichsverei
ben d für bi
den Angehörige.
Der Erbs ist für
um 3 Uhr findet
statt. Die Kinder

Kreuzbund. V
8 Uhr bietet un
toben Abend. U
Ueberraschung bed
glieder ist dringen
Wegung sind herzu

Der „Bunde
Arbeitervereinsfam
reich verarmt. A
kaufes Haus, eine
Veranstaltung, die
eingestellt war, b
Stimmung in die
bunter Reihenfolge
nummern waren di
wie die prächtige
das Auftreten der
Lachen wollte man
war an diesem Ab
heim. Begeisterung
all die vielen Besu

Museum

Die Bezu
kommenden Dienst
liche Generatverfam
vollständiges Ge
lenen Söhne sind es
schaftsweilens herzu

Baro
3 Hohes Mier.
Gpping von hier

Aus der Heimat.

Achtung, Wohlfahrtserwerbslose!

a. Bocholt, 18. November. Die Ausschaltung der Mietunterstützungen an die Vermieter findet morgen (Montag) vormittag von 8 bis 12.30 Uhr an der Stadthauptkasse statt.

Steuern sind fällig!

a. Bocholt, 18. November. Aus einer Bekanntmachung der Stadthauptkasse in der vorliegenden Nummer sind die im November fälligen Steuertermine zu entnehmen. Pünktliche Einhaltung der Termine liegt im Interesse der Steuerzahler, da für zu spät gezahlte Beiträge Verzugszuschläge erhoben werden.

Warnung!

× Bocholt, 18. November. Das Mittelstandshaus teilt uns mit: Ein Reisender verkauft zugeteilt von Haus zu Haus Einkommensteuer-Einsparungsscheine. Da diese Formulare nur in den seltensten Fällen verwendbar sind, so sei nachdrücklich vor dem Ankauf gewarnt. Bei Steuerausfällen und sonstigen Fragen wende man sich zweckmäßig stets an die Berufsvertretungen oder an die ordentlichen Steuerberater.

Bocholter Winterhilfe.

Büchsammlung in den Wirtschaften.

Wir wollen nicht verhehlen, an dieser Stelle nochmals hinweisen auf die seit einiger Zeit in den Gast- und Schenkwirtschaften unserer Stadt aufgestellten Sammelbüchsen für die Bocholter Winterhilfe. An die Herren Wirte sei die Bitte gerichtet, recht oft und eifrig die Büchsen auf das Vorhandensein der Büchsen aufmerksam zu machen; die Gäste aber leiten gebeten, sich nach bestem Können der Büchsen zum Wohlsein zu bedienen.

Ein eigenartiger Vorfall.

Falsche Fünfguldenstücke?

8 Bocholt, 18. November. Gestern betrat ein Mann in den 30er Jahren, der etwa 1.80 Meter groß war und einen hellen Überzieher trug, einen kleinen Laden und forderte einige Zigaretten und Juarillos. Eine Zigarette gab er ihm sofort an, stülpte dann sein Portemonnaie, entnahm ihm mehrere „zerknüllte“ Fünfguldenstücke und überreichte die Ladendame. Als diese dem Mann erklärte, sie könne leider nicht wechseln, geriet er in große Wut, bezog die angegebene Zigarette, nahm seinen Stuhl wieder zurück und verließ schimpfend den Laden. Aus diesem eigenartigen Verhalten, dann aber auch aus dem Umstand, daß der Mann so viele Fünfguldenstücke bei sich hatte, die er wenig „pfleglich“ behandelte, hegte die Ladendame den begründeten Verdacht, daß das Geld entweder gestohlen sei oder es sich um falsche Geld handele. Als sich die Ladendame kurz nach dem Vorfall vor das Haus begab, bemerkte sie in Begleitung des Käufers einen zweiten Mann, der sich beide in diesem Augenblick umdrehte und einen Blick nach dem Laden warfen. Ein weiterer Beweis dafür, daß der Fall nicht ganz „sauber“ ist. Immerhin ist Vorfall dringend am Platze. In verdächtigen Fällen benachrichtigt man schnellstens die Polizei.

Verelne und Vermählungen.

Hauptversammlung des Vereines kath. Akademiker.

Vor einigen Tagen fand die Hauptversammlung des Vereines kath. Akademiker statt, die sehr anregend verlief. Zunächst wurden Jahresberichte, Kassenberichte und Vorstandsberichte erledigt. Einen breiten Raum der Versammlung nahm die Besprechung und Festlegung des Programms für das kommende Winterhalbjahr ein. Es ist vor allen Dingen an eine intensive Zirkelgründung, gedanklich und zwar sollen Zirkel philosophisch-literarischer, philosophisch-naturwissenschaftlicher und sozialwissenschaftlicher Art gebildet werden. Das genaue Winterprogramm, das von der Versammlung festgestellt wurde, werden wir in den nächsten Tagen veröffentlichen.

Arbeiterverein St. Paulus. Am Montagabend findet die Probe der beiden Chöre statt. Es wird um pünktliches und vollständiges Erscheinen gebeten.

Kath. Jungmännerverein Diebstahl. Wir laden unsere Mitglieder freundlich zu der am heutigen Sonntag in unserer Pfarrkirche stattfindenden Gen. hl. Monatskommunion ein. Es wird gebeten, pünktlich 7.20 Uhr zur Stelle zu sein, da vor Beginn der Gemeinsschaftsfeier eine kleine Ansprache gehalten wird.

Notburgverein. Heute abend 6 Uhr „Lustiger Abend“ für die Ehrenmitglieder, Mitglieder und deren Angehörige. Der Eintrittspreis beträgt 10 J. Der Erlös ist für die Armen bestimmt. — Nachmittags um 3 Uhr findet die Veranstaltung für die Schulkinder statt. Die Kinder zahlen ebenfalls 10 J. Eintritt.

Kreisbund. Am Mittwoch dieser Woche abends 8 Uhr bietet uns die Jungfrau St. Georg einen großen Abend. Außerdem steht noch eine besondere Ueberrückung bevor. Vollständiges Erscheinen aller Mitglieder ist dringend erwünscht. Freunde unserer Bewegung sind herzlich willkommen.

Der „Bunte Abend“ der Theater- und Sportabteilung des Arbeitervereins St. Paulus sah die große Arbeitervereinsfamilie am letzten Sonntag wieder zahlreich versammelt. Auch hier gab es ein reißendes ausverkauftes Haus, einen Erfolg auf der ganzen Linie. Die Veranstaltung, die von Kopf bis zu Fuß auf Humor eingestellt war, brachte bald eine übermütige große Stimmung in die Reihen der zahlreichen Besucher. In bunter Reihenfolge wechselten die Darbietungen. Ganz nummern waren die lustigen Theaterdarbietungen sowie die prächtige „Kumpenkapelle“ und nicht zuletzt das Auftreten der Regierungsgruppe. Das herzhafte Lachen wollte manchmal schier kein Ende nehmen. Es war an diesem Abend einfach „knork“ im Arbeiterheim. Begleitet und mit einem großen Lachen zogen all die vielen Besucher wieder heim zu den Penaten.

Musik

8 Die Besuchs- und Abgabengesellschaft hält am kommenden Dienstag, nachmittags 4 Uhr, ihre ordentliche Generaterversammlung ab. Der Vorstand bittet um vollständiges Erscheinen der Genossen. Auch die erwachsenen Söhne sind ebenso wie die Freunde des Genossenschaftswesens herzlich willkommen.

Dario

8 Soles Alter. Am Freitag trat Herr Johann Gipping von hier in sein 80. Lebensjahr. Er ist der

Wahlen in Zahlen.

Wie wählten die Bocholter von 1919 bis 1932?

a. Bocholt, 18. November.

Es wird für unsere Leser gewiß nicht uninteressant sein zu erfahren, welchen Wandel die einzelnen politischen Parteien in der Nachkriegszeit in Bocholt rein zahlenmäßig erfahren haben. Zu diesem Zweck haben wir die Wahlergebnisse der einzelnen Parteien in der unten folgenden Tabelle zusammengestellt, aus der zunächst zu ersehen ist, daß bei den Wahlen im Jahre 1919 nur fünf Parteien in Bocholt Stimmen erhielten, nämlich die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, das Zentrum, die Demokratische Partei und die Sozialdemokratische Partei. Bei der zweiten Reichstagswahl 1924 erhielten schon neun Parteien Stimmen, und bei der letzten Reichstagswahl am 6. November 1932 waren es nicht weniger als 19 Parteien, die in Bocholt Stimmen eroberten konnten, von denen wir — der Einfachheit halber — jedoch nur zwölf in unsere Tabelle aufgenommen haben.

Aus fünf Parteien wurden 19.

Das ist, auf die kürzeste Formel gebracht, die politische Geschichte Bocholts (wie überhaupt ganz Deutschlands) seit den Tagen der Revolution. Und diese Formel schließt gleichzeitig all die parteipolitischen Verschiebungen, Waptschüttungen, Spaltungen und Neubildungen ein, die nicht wenig mit Schuld sind an der Vergiftung des öffentlichen Lebens auch in unserm sonst so friedlichen Bocholt, worüber wir noch jüngst aufs deutlichste belehrt wurden.

Wenn wir nun an Hand der Tabelle den Auf- und Abstieg der Parteien in Bocholt seit 1919 näher unter die Lupe nehmen, dann können wir zunächst mit Genugtuung feststellen, daß keine von all den vielen Parteien sich bei dem fortwährenden Auf und Nieder so prächtig gehalten, eine solche Stetigkeit bewahrt hat wie

unsere alte sturmerprobte Zentrumsparlei,

obwohl doch mehr als einmal das Trommelfeuer aller übrigen Parteien auf sie konzentriert war. Mit Ausnahme eines geringfügigen Rückschlages bei den Wahlen zur Landesversammlung 1919 und zum ersten Reichstags im Jahre 1920 hielt sich die Stimmengahl im großen und ganzen immer auf gleicher Höhe. Bei der Reichstagswahl 1930 tat sie einen erheblichen Rückschlag, der bei der letzten Landtagswahl und bei der Reichstagswahl am 31. Juli 1932 noch verstärkt wurde, so daß damals die höchste jemals in Bocholt erreichte Zahl an Zentrumsstimmen gestrichelt wurde. Bei der letzten Reichstagswahl ging die Stimmengahl wieder etwas zurück, was einerseits in der geringeren Wahlbeteiligung, dann aber auch darin seinen Grund hat, daß das Zentrum — gegen wir einmal — das politische Treibholz ver-

loren hat, also Leute, die es heute mit dieser und morgen mit jener Partei versuchen.

Der Kern der Bocholter Zentrumswähler aber ist — das hat die letzte Wahl erneut bewiesen — hart und treu geblieben, trotz aller Strenzlänge, die von allen Seiten locket. Mit 54 Prozent aller Bocholter Wählerstimmen ist das Bocholter Zentrum ein Block, an den keine der übrigen Parteien auch nur von ferne herankommt, und die weltanschauliche Fundamentierung der Partei bürgt dafür, daß es auch in Zukunft so bleiben wird.

Die Deutschnationalen

haben am 6. November mit 604 Stimmen ihre bisherige höchste Stimmengahl erreicht, während sie bei der Provinziallandtagswahl im Jahre 1929 (die übrigens auch für die meisten übrigen Parteien verhältnismäßig geringe Stimmengahlen brachte) ihren tiefsten Stand zu verzeichnen hatte. Die Stimmen der

Deutschen Volkspartei

schwanken zwischen nur 17 bei der Wahl zur Landesversammlung 1919 und 880 bei der ersten Reichstagswahl 1924. Von da ab ging es mit dieser Partei im großen und ganzen immer mehr zurück, bis sie am 31. Juli ds. Js. einen zweiten Tiefstand mit 118 Stimmen erreichte. Bei der letzten Reichstagswahl hat sie ihre Stimmengahl wieder etwas aufbolen können. Diese beiden liberalen Parteien erzielten zusammen ihre meisten Stimmen bei der zweiten Reichstagswahl 1924, nämlich 1516, während sie am 6. November zusammen nur 923 Stimmen aufbrachten.

Die Nationalsozialisten

aufgenommen, die in Bocholt zum ersten Mal bei der Reichstagswahl 1930 eine nennenswerte Stimmengahl (543) aufbrachten, bei den beiden folgenden Wahlen wie überall im deutschen Vaterland inflationsartig emporgeschossen, bis sie am 6. November um mehr als ein Drittel ihrer bisherigen Stimmengahl verloren.

Die Demokraten

erreichten ihren Höchststand bei der Wahl zur Landesversammlung. Dann aber gingen sie dauernd zurück bis zur Reichstagswahl 1930, wo die Partei als Deutsche Staatspartei auftauchte und einen geringen Zuwachs gegenüber den Wahlen vorher zu verzeichnen hatte. Aber auch die neue Firma konnte hier wie überall an dem Schicksal dieser Partei nichts ändern, so daß sie am 6. November noch ganze 20 Getreuen um ihr Fühnlein scharen konnte.

Christlich-sozialistische Partei

(Reichspartei des deutschen Mittelstandes) ergangen,

die zum ersten Mal bei der zweiten Reichstagswahl 1924 auf den Plan trat, auffallenberweise bei der Wahl zum Provinziallandtag 1929 mit 466 Stimmen ihren Reaktionspunkt erreichte, dann aber dauernd zurückging, um allmählich in der Versenkung zu verschwinden.

Die Sozialdemokraten

erhielten bei der Wahl zur Nationalversammlung 3060 Stimmen, eine Zahl, die sie in Bocholt nie wieder erreicht haben, was natürlich in der Waptschüttung des linken Flügels seinen Grund hat. Bei der ersten Reichstagswahl 1924 erreichten die Sozialdemokraten mit 1042 Stimmen ihren tiefsten Stand, wobei allerdings zu bedenken ist, daß damals zum ersten Mal

Die Kommunisten

in der Tabelle auftauchen, die gleich im ersten Ansturm es bis auf 1494 Stimmen brachten. Die Sozialdemokraten erhielten sich jedoch bei den folgenden Wahlen wieder und brachten es bei der Landtagswahl 1928 auf 2065 Stimmen, während die Kommunisten in der gleichen Zeit den entsprechenden Rückschlag bis auf 345 Stimmen bei der erwähnten Landtagswahl erlebten. Bei den folgenden Wahlen schwanken die sozialdemokratischen Stimmen fortwährend, während die Kommunisten seit 1929 mit Ausnahme bei der letzten Landtagswahl, wo sie bekanntlich zum großen Teil Wähler enthaltung übten, sich auf aufsteigender Linie bewegen und bei der letzten Reichstagswahl zum ersten Mal das dritte Tausend an Stimmen überschritten und damit nahe an die Zahl heranreichten, die die Sozialdemokraten bei der Wahl zur Nationalversammlung zu verzeichnen hatten.

345 Stimmen, das sind mehr als 30 Prozent aller abgegebenen Stimmen, erreicht. Werfen wir noch einen kurzen Blick auf

Die Splitterparteien,

von denen die Volksrechtspartei nur einmal bei der zweiten Reichstagswahl 1924 in Bocholt aufblühte, um dann wie ein Meteor endgültig zu verschwinden. Die Christlich-Nationalen, die heute unter der Flagge „Deutsches Landvolk“ marschieren, erreichten ebenso wie die Christlich-Sozialen Reichspartei und der Evangelische Volksdienst bei der Wahl zum Provinziallandtag 1929 ihren Höhepunkt, um dann entweder ganz unterzugehen oder nur noch kaum nennenswerte Stimmengahlen zu erreichen. Blieben noch die Volksrechtspartei, die bei der Reichstagswahl 1930 ihren Höchststand erreichte und am 6. November noch sage und schreie eine einzige Stimme buhlen konnte, und schließlich die Sozialistische Arbeiterpartei zu erwähnen, die erst in diesem Jahre aufgetaucht ist, sich aber schon auf dem absteigenden Ast befindet.

Der Auf- und Abstieg der Parteien in Bocholt.

		Deutschnat.	Deutsche Volkspartei	Zentrum	Demokr.	Christl.-soz. Partei	S. P. D.	Komm.	Volksrechtspartei	Nat.-Soz.	Christl. Nat.	Volksrechtspartei	Christl.-soz. Reichsp.	Evangel. Volksdienst	Soz. Arbeiterpartei
1919	19. 1. Nat.-Verf.	372	230	7149	213	—	3060	—	—	—	—	—	—	—	—
	26. 1. Landesverf.	314	17	6776	343	—	2557	—	—	—	—	—	—	—	—
1920	6. 6. Reichstag	178	804	6662	331	—	1878	—	—	—	—	—	—	—	—
							1054	—	—	—	—	—	—	—	—
1924	4. 5. Reichstag	617	880	7538	218	—	1042	1494	—	—	—	—	—	—	—
							1201	801	513	37	—	—	—	—	—
1928	7. 12. Landtag	630	788	8094	205	28	1241	869	—	—	—	—	—	—	—
							2049	349	—	22	14	21	66	19	—
1928	20. 5. Reichstag	363	850	7877	205	145	2049	349	—	—	—	—	—	—	—
							2065	345	—	23	20	18	63	19	—
1929	20. 5. Landtag	377	838	7850	186	142	2065	345	—	—	—	—	—	—	—
							1378	1766	—	34	138	37	78	363	—
1930	17. 11. Prov.-Vdtg.	132	437	7213	149	466	1378	1766	—	—	—	—	—	—	—
					188	356	1850	1799	—	543	11	70	—	86	—
1932	14. 9. Reichstag	434	549	8767	61	461	1485	929	—	1497	26	20	—	100	92
							1485	929	—	1497	26	20	—	100	92
1932	24. 4. Landtag	423	213	9342	61	461	1485	929	—	1497	26	20	—	100	92
							1485	929	—	1497	26	20	—	100	92
1932	31. 7. 1. Reichstag	489	118	9802	25	208	1897	2353	—	1647	7	4	—	66	81
							1897	2353	—	1647	7	4	—	66	81
1932	6. 11. 2. Reichstag	694	229	8576	20	125	1833	3002	—	1089	11	1	—	78	41
							1833	3002	—	1089	11	1	—	78	41

letzte noch lebende Teilnehmer des Feldzuges 1870/71 in unserer Gemeinde und erfreut sich noch einer verhältnismäßig guten Gesundheit. Möge dem Veteranen weiterhin ein sorgenfreier Lebensabend beschieden sein.

Rhede

— Jugendpielschar. Am heutigen Sonntag tritt die Jugendpielschar wieder auf den Plan. Ihrer Tradition treu „Vom Guten das Beste“ bringt sie als erstes ein Spiel, das sich würdevoll den bisher gebotenen anschließt, vielleicht diese noch übertrifft. „Parität“ heißt es, die schöne Legende vom hl. Gral, die uns Wolfram von Eschenbach erzählt und die Peter Wachtel in meisterhafter Form für die Vereinsbühne bearbeitet hat. Zum Inhalt und näheren Verständnis kurz folgende Notizen: Der junge Parität wird von durchgehenden Rittern aus seiner Waldheimat hinaus ins Leben gerufen, um nach mancherlei Gefahren und Mühen die Gralsburg zu erreichen. Auf der Gralsburg liegt König Amfortas krank darnieder zur Ruhe für den Bruch seines Reinheitsgebühls. Nur ein reiner Ritter, der voll Mitleid nach des Königs Leiden fragt — und an letzterem scheitert Parität, — vermag ihn zu heilen. Parität kommt, wagt aber nicht zu fragen, obwohl sein Inneres ihn drängt, eine andere Nacht auf Veranlassung des Teufels hält ihn ab, und unter Hohn und Spott muß er die Gralsburg verlassen. Planlos irrt er umher, in bitteren Vorwürfen gegen sich selbst, da er kein Glück verheißt, zweifelnd an Gott und seiner gütigen Führung. Doch mit Hilfe des Einsiedlers rafft er sich wieder auf zu Reue und Vertrauen, erringt schließlich den Sieg über die Verlockungen der Sinnlichkeit und wird so würdig befunden, die Gralsburg wieder zu betreten, den König zu neuem Leben zu wecken und selbst Priesterkönig auf der Gralsburg zu werden. Soweit das Spiel und kein hehrer Inhalt. Lebendige Beseelung für das Spiel, und Mitleiden im Spiel, das die Spielschar befeuert, läßt hoffen, daß es gelingt, durch eine feine und treffende Wiedergabe dem hehren Inhalt des Stückes gerecht zu werden. Möge das Spiel viele, recht viele Besucher finden, möge die Spielschar sich so neue Freunde und Förderer ihres edlen Willens erwerben. Der Eintrittspreis beträgt 40 J. Arbeitslose erhalten gegen Ausweis Ermäßigung. Die erste Aufführung ist am heutigen Sonntag, nachmittags 6 Uhr. Karten im Vorverkauf in der Buchhandlung Blomelach.

„Mignon“ im Schützenhaus.

Operngastspiel des Stadttheaters Krefeld.

— Bocholt, 18. November. Die erste diesjährige Winterveranstaltung des Theatervereins v. B. Bocholt liegt am Freitag vor ausverkauftem Hause. Die Solisten und der Kapellmeister mühen sich für den anhaltenden, herzlichen Beifall durch mehrmaliges Erscheinen danken.

Komponist und Werk.

Am brodie Thomas, der Gewinner des französischen Kompreises, dessen Stipendium ihn lange Zeit nach Italien und Wien führten, brachte mit der nach Goethes Roman „Wilhelm Meister“ bearbeiteten Oper Mignon (1866) seinen in Frankreich durch einige komische Opern bereits bekannten Namen auch nach Deutschland. Seine große Oper Hamlet (1868), deren Erfolg in Paris noch stärker war, fand jedoch nicht den Weg nach Deutschland. Auf deutschen Bühnen nach Wagners Einfluss inzwischen so groß, daß Thomas Hamletgestalt musikalisch verfallen mußte. Die Oper Mignon wird von der Musik getragen, sie steht und fällt mit ihr, wie bei so vielen Operntexten Mozarts und anderer Komponisten. Heute steht man jedem Ueberdramatismus mit größter Skepsis gegenüber, ich möchte sagen, seelisch gesund gegenüber; darum braucht hier niemand die tiefen Gefühlsschwärze, die jede große Kunst vermittelt und auslöst, hinter der isolierenden, modernen Sachlichkeit und Verbantheit zu verfangen. Man muß sich dieser Welt ohne Vorurteile hingeben, um sie zu genießen; berührt sie einen nicht, dann liegt es oft am Menschen selbst.

Ob diese alte Operntomantik heute noch etwas für sich hat, ob sie in den inneren Menschen kräftigt? — Jedenfalls ist sie in den wenigen Stunden ihres Bestehens, ihres Erlebens immer wieder menschlich schön. — Eine Fülle hübscher Melodien krönt uns entgegen; musikalisch besonders lebendig gezeichnet sind die weiblichen Hauptgestalten Mignon und Philine, denen Thomas sehr viel Jammes und Dankschönheiten geschenkt hat.

Die Nachschöpfung durch die Krefelder.

Die Mignon-Warion Handt war zweifellos die härteste Leistung des Abends. Sie verfiel über große, kippige Stimmittel, die besonders der Schluß-

Willy Langheinz.

Zu dem „Sängerbund“-Konzert vom vorigen Mittwoch sei erwähnt, daß insoweit ein Irrtum unterliefe, als in den pianistischen Darbietungen Karl Retters nicht die bereits früher gebotene As-Dur-Ballade Chopins, sondern die G-moll-Ballade gespielt wurde, was allerdings an der kritischen Beurteilung seiner augenblicklichen Auffassung und Spielart Chopinscher Musik nichts ändert.

